Mitteilungsvorlage

Organisationseinheit Amt für Nahverkehr und Straßen	Datum 12.04.2018	Drucksachen-Nr. 2018/082
--	---------------------	------------------------------------

↓ Beratungsfolge Kreistag	↓ Sitzungsart öffentlich	↓ Sitzungstermin/e 07.05.2018
------------------------------	-----------------------------	----------------------------------

Tagesordnungspunkt 12.3

Informationsveranstaltung des Verkehrsministeriums bzgl. Bahnsteighöhen in Baden-Württemberg

Sachverhalt

Das Verkehrsministerium Baden-Württemberg (VM) hat darüber informiert, dass das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur (BMVI) künftig die in der Eisenbahnbundesordnung (EBO) festgelegte Regelhöhe für Bahnsteige mit 76 cm über Schienenoberkante (SO) umsetzen möchte. Diese Umsetzung hätte letztendlich auch Auswirkung auf die Fahrzeuge.

Diese Regelhöhe über SO steht schon lange in der EBO, sie wurde aber bisher nicht umgesetzt. So wurde beispielsweise in den 90'er-Jahren in Baden-Württemberg die Entscheidung getroffen, im Nahverkehr auf 55 cm Bahnsteig- und Fahrzeughöhe zu gehen. Dies entspricht auch der üblichen Höhe im Nahverkehr, während 76 cm eine Höhe des Fernverkehrs ist. Fernverkehrszüge sind aufgrund des Zustieg über Stufen grundsätzlich auch bei 76 cm Bahnsteighöhe nicht barrierefrei.

Eine Umstellung auf 76 cm würde deshalb für eine lange Übergangszeit zu einer „Verschlechterung“ der Barrierefreiheit führen: Alle 55 cm-Bahnsteige bleiben bis zum Sanierungsbedarf in dieser Höhe bestehen. Besonders bitter ist das vom Landkreis mitfinanzierte Bahnhofsmodernisierungsprogramm, weil damit die Finanzierung ins Leere laufen würde. Unsere seehas-Haltepunkte werden aktuell gerade auf 55 cm ausgebaut. Bahnsteige, die dann auf 76 cm umgebaut werden, werden auch weiterhin mit 55-cm-Fahrzeugen bedient.

Das Land hat gerade in großem Umfang neue Nahverkehrszüge mit 55 cm angeschafft. Auch wären derzeit 41 % der Haltepunkte im Land, deren Bahnsteige noch 38 cm oder niedriger sind, gar nicht mehr bedienbar und müssten vorrangig ausgebaut werden. Durch die Umsetzung würde eine kuriose Situation entstehen.

Alle Bundesländer lehnen deshalb diese Umstellung ab und verhandeln mit dem Bund, um zumindest sinnvolle Kompromisse zu erreichen (z.B.: Abgegrenzte Nahverkehrsnetze ohne Fernverkehr mit 55 cm-Bahnsteigen belassen und bei „gemischter“ Nutzung Hybrid-Bahnsteige mit beiden Höhen zulassen – langfristig auf dem „DB-Hauptnetz“ auf 76 cm umstellen).

Erste Gespräche zwischen Bund und Ländern waren zwar gut, es ist allerdings noch völlig offen, ob ein solcher Kompromiss erreicht werden kann (ein Ergebnis wird bis Sommer erwartet). Falls nicht, ist seitens der Bundesländer eine Bundesratsinitiative geplant.

Zur Unterstützung der Bestrebungen des Landes hat der Landkreis ein entsprechendes Schreiben an MdB Jung gerichtet (s. Anlage 1) und den Kontakt mit ihm gesucht, um ihn zu bitten, Einfluss auf die Entscheidungen in Berlin zu nehmen, mit dem Ziel, dass das BMVI von seinem Vorhaben Abstand nimmt, alle Bahnsteige auf 76 cm über SO umzustellen.

Finanzielle Auswirkungen

Siehe Sachverhalt – derzeit völlig offen.

Anlagen

Anlage 1 – Schreiben des Landrats an Andreas Jung, MdB